

## GEMEINDERAT BERNAU

# Elektroauto teilen: Kommune macht mit

Den Umstieg auf umweltfreundliche Mobilität will die Gemeinde Bernau fördern. Deshalb hat der Gemeinderat in seiner jüngsten Sitzung beschlossen, sich an einem überregionalen E-Mobilitätsnetzwerk für „Car-Sharing“ (mehrere Personen oder Familien teilen sich ein Auto) zu beteiligen. Aus diesem Grund leiht sich die Kommune jetzt ein Elektroauto und schafft Ladestationen an. Klimaschutzmanager David Schmidtner wird die Umsetzung des Projekts E-Mobilität leiten.

VON VINZENZ GABRIEL

**Bernau** – Es ist kein Geheimnis, dass das Auto, wie wir es kennen, die Umwelt verpestet, Erdölvorkommen auszehrt sowie pflege- und wartungsintensiv ist. Fast jeder Haushalt besitzt einen oder mehrere Pkw, angetrieben durch einen Benzin- oder Dieselmotor. Doch Klimaerwärmung und Ressourcenverbrauch hin oder her, ohne Auto geht es für die meisten auf dem Land nun mal nicht. Das scheinbar Unvereinbare, Auto und Umweltverträglichkeit, will die Gemeinde Bernau nun in Einklang bringen. Die Lösung soll Elektromobilität heißen.

David Schmidtner, von den Gemeinden Bernau und Aschau gemeinsam als Kli-

maschutzmanager angestellt (wir berichteten bereits), ist in seinem Aufgabenbereich auch verantwortlich für die Umsetzung des E-Mobilitäts-Projekts. „Unter Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer und sozialer Aspekte zu arbeiten ist mein Ziel“, so sein Credo. Wie das Projekt realisiert werden kann, machte er in der jüngsten Gemeinderatssitzung im Rathaus deutlich. Angestrebt sei die Beteiligung aller Chiemsee-Anrainergemeinden. Neben gesteigerter Lebensqualität durch weniger Verkehr soll das eigene Mobilitätsverhalten bewusster gemacht werden. Ein weiteres Ziel: Den „sauberen“ Tourismus in der Region fördern.

Schmidtner wirbt dafür, in einem Gemeindeverbund die Infrastruktur für Elektroladestationen weiter auszubauen. Darüber hinaus sollen die Kommunen Elektroautos als „Car-Sharing-Angebot“ zur Verfügung stellen.

Einen Schlüssel für die Autos wird es nicht geben. Stattdessen kommt eine App zum Einsatz, über die das Fahrzeug reserviert, geöffnet und gestartet werden kann.

Das Ganze ist eines von drei Modulen, die von der Europäischen Territoralen Zusammenarbeit (ETZ) angeboten und mit EU-Geldern aus dem Förderprogramm „INTERREG V-A Programm Österreich – Bayern 2014 – 2020“ bezuschusst werden. Drei Viertel der Gesamtkosten werden über einen Zeitraum von drei Jahren von der ETZ übernommen. Höchstens 3750 Euro würde das nach einer ersten Kalkulation der Projektanbieter die



Das E-Mobil des Bernauer Bürgermeisters wird an der Ladestation am Rathaus „aufgetankt“: Die Kommune beteiligt sich jetzt an einem EU-Projekt, wonach allen Bürgern die Nutzung eines Elektroautos möglich gemacht werden soll. FOTO ARCHIV BERGER

Gemeinde Bernau durchschnittlich jährlich kosten. „Da aber auch viele andere Gemeinden bei dem Projekt mitmachen, werden die tatsächlichen Kosten weit darunter liegen“, erläutert Schmidtner. „So lassen sich Kosten der Buchungsapp und der Öffentlichkeitsarbeit

auf die teilnehmenden Gemeinden aufteilen.“

Bürgermeister Philipp Bernhofer rechnet sogar damit, dass sich die Ein- und Ausgaben letztendlich die Waage halten werden. So könne die Gemeinde Einnahmen aus der Nutzung des Elektroautos und der auch

für externe E-Autofahrer zugänglichen Elektroladestationen erzielen.

Leonhard Hinterholzer (Bündnis 90/Grünen) wollte wissen, ob das E-Auto auch mit Werbung bedruckbar sei, um Einnahmen darüber hinaus zu generieren. Auch dies muss neben anderen De-

tails noch abgeklärt werden, da das Auto nicht gekauft, sondern von einer Firma geliehen wird“, antwortete Schmidtner.

Am Ende segneten die Gemeinderäte das Vorhaben einstimmig ab: Bernau wird damit Teil eines E-Mobilitätsnetzwerks. Über eine Ladestation am Rathaus sowie zwei Elektroautos für Bürgermeister und Bauhof verfügt die Gemeinde bereits. Mindestens eine Zweifach-Ladestation und ein Elektroauto will Bernau nun extra für das „Car-Sharing“ zur Verfügung stellen.

Bürgermeister Philipp Bernhofer hofft, dass manche Familien statt eines Zweitwagens auf das „Car-Sharing-Angebot“ zugreifen werden. Nach drei Jahren werde erfolgsabhängig über den Fortbestand des Projekts entschieden.

„Die Elektroladestationen bleiben in jedem Fall bestehen. Alle Einzelheiten sind aber noch nicht geklärt“, so der Klimaschutzmanager. Es stehe zwar fest, dass sich die Kosten für die Nutzer des E-Automobils aus einem Strecken- und Zeitfaktor zusammensetzen, „wie hoch dieser aber am Ende ist, steht noch aus“.

Außerdem sei noch offen, wo das Auto geparkt und ob der Strom aus regenerativen Energiequellen, zum Beispiel Fotovoltaik, stammen wird. Das scheint doch wesentlich zu sein, denn wie Josef Genghammer (Grüne) in der Gemeinderatssitzung zu bedenken gab: „Stammt der Strom aus Braunkohlekraftwerken, ist der umweltfreundliche Aspekt des Ganzen infrage gestellt.“